A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Morgen-Ausgabe

Preis 40 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Dienstag, 25. Oktober 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen bezw. Sonderspalten in den Morgen-Ausgaben: Sonntags: Bilder-Chronik, Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport, Kraft und Stoff, Weltverkehr, Reisen und Wandern; Dienstags: Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport; Mittwochs: Bilder-Chronik, Unterhaltung — Frau und Welt — Sport; Donnerstags: Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport; Freitags: Bilder-Chronik, Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport; Sonnabends: Unterhaltung — Frau und Welt — Sport.

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30 32; Fernspr.: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 5980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107 941.

Bezugspreis monatlich ℳ 12,—, morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten (Morgen- oder Abend-)Ausgabe entgegengenommen zum Preise von ℳ 2,— für die 33 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. ℳ 6,— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

60. Jahrg. Nr. 491 A 172

Tages-Spiegel.

Besprechungen der Parteiführer beim Reichspräsidenten ergaben Aussicht auf Verständigung in der oberschlesischen Frage. Sie werden heute fortgesetzt.

*

Gestern traf in Oppeln die polnische Delegation zur Beratung der wirtschaftlichen Fragen ein.

*

Exkaiser Karl und seine Gemahlin wurden von Truppen der Bethlenregierung bei Komom gefangen genommen.

Die Regierungsbildung

Verhandlungen bei dem Reichspräsidenten.

Die Verhandlungen über die oberschlesische Frage und die Koalitionsbildung wurden den ganzen gestrigen Nachmittag bis in die späten Abendstunden hinein fortgesetzt. Nachmittags fanden Fraktionssitzungen der Mehrheitssozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei statt. Die Fraktionssitzungen wurden indessen abgebrochen, da kurz nach 5 Uhr die Führer der Koalitionsparteien, der Reichstagspräsident Löbe und die Führer der Deutschen Volkspartei, die Abgeordneten Dr. Stresemann und Kempkes zu einer interfraktionellen Besprechung beim Reichspräsidenten gebeten wurden, die bis in die Nachtstunden andauerte. An dieser Besprechung nahm auch der Außenminister Dr. Rosen teil. Man war in dieser Besprechung bemüht, eine Verständigungsformel in der oberschlesischen Frage zu finden. Das Ziel, eine Politik auf lange Sicht zu ermöglichen, steht nach wie vor im Vordergrund der Verhandlungen.

Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß in diesen Verhandlungen nicht nur die oberschlesische Frage, sondern im engsten Zusammenhang damit auch das gesamte Steuerprogramm, die Frage der Reparationszahlungen, die Industrieaktion, kurz, das gesamte innerpolitische Programm ausführlich erörtert wurde. Einen besonders breiten Raum in diesen Verhandlungen nahmen die Erörterungen der Sachleistungen ein.

Zur Stunde kann noch nicht gesagt werden, ob der Gedanke der großen Koalition sich tatsächlich verwirklichen läßt. Jedenfalls werden alle Bemühungen gemacht, um diesen Gedanken zu verwirklichen, jedoch scheinen, wie wir hören, noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden zu sein, um dieses Ziel in der Tat zu erreichen.

Der wichtigste Beratungsgegenstand der interfraktionellen Besprechung beim Reichspräsidenten war die Formulierung eines Protestes der Rechtsverwahrung gegen die oberschlesische Vergewaltigung. Ueber diesen Protest sollen die Fraktionen so rasch wie möglich verhandeln, um dem Reichspräsidenten heute vormittag Mitteilung hiervon zu machen, damit dieser sofort seine Entschließung treffen kann.

Es ist damit zu rechnen, daß die Demokraten und das Zentrum dieser Entschließung zustimmen werden. Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei war bis zum Schluß der Redaktion noch nicht festzustellen, da die Sitzung noch über mitternacht andauerte. Die Sozialdemokraten wünschen eine Abschwächung der Erklärung unter besonderer Berücksichtigung wichtiger innerpolitischer Fragen.

Die Deutsche Volkspartei lehnte einstimmig die Zustimmung zu der Erklärung der interfraktionellen Besprechung ab und scheidet damit aus der Koalition aus, ein neues Kabinett Wirth erscheint danach sehr wahrscheinlich.

*

Halbamtlich wird über die Besprechungen mitgeteilt:

Der Reichspräsident hatte gestern nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei über die Frage der Bildung einer Koalition.

In den mehrstündigen Verhandlungen ergab sich in der oberschlesischen Frage die Aussicht einer Verständigung, während in Sachen der inneren Politik noch Schwierigkeiten bestehen. Die Fraktionsvorsitzenden erklärten, über das Ergebnis dieser Besprechung zunächst mit ihren Fraktionen verhandeln zu müssen. Die Besprechungen beim Reichspräsidenten werden heute fortgesetzt werden; ein Ergebnis ist erst im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Die Deutschnationalen für Einberufung des Reichstages.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstags hat an den Reichstagspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„In der Note der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober d. J. wird die deutsche Regierung aufgefordert, den alliierten Hauptmächten innerhalb von acht Tagen den Namen des deutschen Bevollmächtigten mitzuteilen, den sie bezeichnet, um unter den uns auferlegten Bedingungen das Abkommen über die wirtschaftlichen Fragen und über den Schutz der Minderheiten zu verhandeln, sowie die beiden deutschen Delegierten für die zur Ueberwachung der Ausführungen der festgesetzten Maßnahmen einzusetzende Kommission zu bestimmen. In der Benennung der Bevollmächtigten liegt die grundsätzliche Zustimmung zu den Festsetzungen der Note. Deshalb kann die Entscheidung über die Benennung der Bevollmächtigten nicht ohne den Reichstag erfolgen. Zu unserem Befremden ist der Reichstag bis heute noch nicht einberufen, und es verlautet bisher auch nichts darüber, wann nun endlich die Einberufung erfolgen soll. Scheinbar soll der Zusammentritt des Reichstags von der Bildung der neuen Regierung abhängig gemacht werden, ohne daß abzusehen wäre, wann diese erfolgt sein wird. Dadurch entsteht die Gefahr, daß der Reichstag zu der Frage der Benennung der Bevollmächtigten nicht mehr rechtzeitig Stellung nehmen kann. Andererseits sind die einstweilen mit der Führung der Regierungsgeschäfte betrauten Mitglieder des bisherigen Kabinetts keinesfalls dazu berufen, über die Benennung der Bevollmächtigten ohne den Reichstag zu entscheiden. Deshalb beantragen wir, daß der Reichstag, wenn nötig ohne Rücksicht auf den Abschluß der Regierungsbildung, alsbald [illegible] jedenfalls noch rechtzeitig vor Ablauf der in der Note vom 20. Oktober gestellten Frist mit der Tagesordnung „Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober d. J." zusammentritt."

Gefangennahme Exkaiser Karls.

Die polnische Wirtschaftsdelegation in Oppeln.

Oppeln, 24. Oktober. (D. A.)

In Oppeln traf die polnische Delegation zur Beratung der wirtschaftlichen Fragen, die sich an die Genfer Entscheidung knüpfen, unter Führung des Generalkommissars der polnischen Republik in Danzig, des Vizeministers Plucinski, ein. Die polnische Kommission wurde von Mitgliedern der J. A. K. auf dem Bahnhof empfangen.

Einbruch beim deutschen Ausschuß in Kattowitz.

Kattowitz, 24. Oktober. (T. U.) Heute früh gegen 7 Uhr erschienen im Hotel „Goldener Stern", den Geschäftsräumen des Deutschen Ausschusses in Kattowitz, mit Revolvern bewaffnete Banditen und forderten von dem Hausdiener den Schlüssel zu der eisernen Eingangstür. Als der Hausdiener sich weigerte, hielt ihn ein Bandit mit dem Revolver in Schach, während die beiden anderen das Zimmer des Hausdieners durchstöberten und einen Schrank gewaltsam erbrachen. Mit dem gefundenen Schlüssel schlossen sie die eiserne Eingangstür auf, öffneten mit einem Dietrich die Tür des Sekretariats und raubten daraus eine Reihe von Aktenmappen, sowie sämtliche im Zimmer vorhandene Stempel des Deutschen Ausschusses. Ein Zimmermädchen, das zufällig in das Zimmer trat, wurde gleichfalls mit dem Revolver bedroht und in Schach gehalten. Bei der Durchsuchung des Zimmers des Hausdieners wurden viel Wäsche und etwa 900 Mark von den Banditen geraubt. Die Räuber entfernten sich mit ihrer Beute nach etwa 20 Minuten unbelästigt.

Eine Kundgebung des Oppelner Kreistages.

Oppeln, 24. Oktober. (D. A.) Der Kreistag des Landkreises Oppeln veranstaltete am Sonnabend eine Kundgebung für die an Polen abzutretenden Gebiete. Landrat Lucke führte in einer Ansprache aus:

„Der Kreistag tagt heute zum letzten Male in seiner bisherigen Zusammensetzung. Unsere Sitzung fällt in eine Zeit, die das Schwerste bei weitem übertrifft, was wir bisher durchgemacht haben. Diesen schweren Schlag hat die Entente unserer Heimatprovinz zugefügt. Der Spruch von Genf gibt den Polen ein blühendes Industrieland und bringt viel deutsche Oberschlesier unter fremdes Joch. Nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages können wir gegen diese Entscheidung nichts unternehmen. An die besonnenen Elemente der Kreise geht daher der dringende Appell, in den bevorstehenden Zeiten Ruhe zu bewahren, um von Erschütterungen verschont zu bleiben, wie wir sie im vergangenen Sommer erlebt haben. Doch wir wollen nicht verzagen und klagen, sondern mannhaft der Zukunft ins Auge sehen. Wir finden Trost in dem Gedanken, mit den abgetretenen Brüdern dereinst wieder vereint zu werden. Wir geben das Versprechen, daß wir fest halten am alten deutschen Vaterlande und unsern Brüdern, die in den Polen zugesprochenen Gebieten wohnen."

Einladung Deutschlands nach Washington?

P. London, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der New Yorker Korrespondent der „Daily Expreß" meldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten erwägt, eine Einladung an Deutschland zur Teilnahme an der Entwaffnungskonferenz in Washington zu senden.

Der Zweck der Einladung Deutschlands ist ein Abkommen, das den alliierten Mächten erlaubt, die Truppen vom Rhein zurückzuziehen. Da der Washingtoner Regierung die Entwaffnung besonders auch zu Lande ebenso wie die zur See nahe geht, erwägt sie, welche Sanktionen möglich sind, um die Ausführung des Versailler Vertrages für den Fall zu garantieren, daß die Alliierten das besetzte Gebiet räumen.

Verringerung der amerikanischen Rheinlandbesatzung.

New York, 24. Oktober. (Funkspruch.) Die „New York Times" meldet aus Washington: Der Kriegssekretär ordnete an, daß die amerikanischen Truppen in Deutschland um ungefähr 126 Offiziere und 7873 Mann verringert werden; es verbleiben in Deutschland ungefähr 327 Offiziere und 5217 Mann.

Die Verschiffung wird ausgeführt durch zwei Transportdampfer von Mitte November bis Mitte März. Die „New York Times" fügt hinzu, offenbar hätten internationale Erwägungen, die mit der bevorstehenden Entwaffnungskonferenz zusammenhängen, den Beschluß, Truppen in Deutschland zu behalten, mit veranlaßt. (Vergl. hierzu die Meldung „Besatzungskostenkonferenz" im gestrigen Abendblatt.

Washington, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Für die Rückbeförderung der amerikanischen Rheinarmee sind vom Kongreß 140 000 Dollar Kredit bewilligt worden.

Unterzeichnung der Danzig-polnischen Wirtschaftskonvention.

F. Danzig, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Danziger Senatspräsident Sahm hat sich gestern mit mehreren Senatoren nach Warschau begeben, wo er heute vormittag dem Präsidenten der Republik Polen, Pilsudski, seinen ersten amtlichen Besuch machte.

Die Delegation wurde schon beim Ueberschreiten der Danzig-polnischen Grenze offiziell empfangen. Bei der Ankunft auf dem Warschauer Bahnhof wurde sie von mehreren polnischen Ministern und hohen Beamten begrüßt. Nachmittags fand die feierliche Unterzeichnung der Danzig-polnischen Wirtschaftskonvention statt, die vorsieht, daß der Abbau der Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen mit dem 1. Januar 1922 beginnt und am 1. April 1922 durchgeführt sein muß. Auch die Zollunion zwischen diesen beiden Staaten tritt dann in Kraft. Anläßlich der Anwesenheit der Danziger Delegation soll u. a. auch die wichtige Frage der Forderungen Danziger Gläubiger an polnische Schuldner erneut behandelt werden.

Der neue Schweizer Gesandte in Warschau

Warschau, 24. Oktober. (T. U.) Am Sonnabend ist der neue Schweizer Gesandte in Warschau Pfiffer in feierlicher Audienz vom Staatschef Pilsudski zwecks Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens empfangen worden. Der im Galawagen fahrende Schweizer wurde vom Publikum stürmisch begrüßt.

Das Ende des Handstreichs.

Internierung des Exkaisers.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 24. Oktober.

Der zweite Heimkehrversuch des Exkaisers Karl hat ein dramatisches Ende genommen. Der Exkaiser und seine Gemahlin Zita sind heute bei Komorn von den Truppen der ungarischen Regierung gefangengenommen worden. Der Exkaiser bleibt nun in Ungarn so lange interniert, bis er seinen endgültigen Thronverzicht für sich und seinen Sohn ausgesprochen hat und die Mächte die Bedingungen seiner Ausreise und sein künftiges Asyl festgesetzt haben.

Erfolgreicher Vorstoß General Naghs.

Eigene Drahtmeldung.

Lk. Innsbruck, 24. Oktober.

Aus Wien wird gemeldet: In den Kampf um Budaör haben noch gestern und im Verlauf der vergangenen Nacht aus Ostungarn herangezogene Verstärkungen eingegriffen. Teile von ihnen überschritten die Donau bei Groß-Betheny und fielen den Abteilungen Ostenburgs in die rechte Flanke, wodurch dem Gefecht eine für die Horthy-Regierung günstige Wendung gegeben wurde. Der Angriff der Truppen des Generals Nagy, des Generalissimus der Bethlenregierung, schreitet erfolgreich fort. Man rechnet in Budapest damit, noch heute die Entscheidung herbeiführen zu können.

Verhandlungen mit den Karlisten.

Meldung des Ung. Telegr.-Korr.-Bür.

Budapest, 24. Oktober.

Ueber die durch die Aufständischen eingeleiteten Verhandlungen verlautet, daß diese unannehmbare Forderungen aufstellten. Hierauf ordnete das Kommando der Nationalarmee den Vormarsch an, der bereits im Gange ist. Die Nationalarmee nahm die Fühlung mit den Aufständischen auf, die gegenwärtig unter fortwährenden Kämpfen zurückgedrängt werden.

In den gestrigen Abendstunden erschien abermals ein Parlamentär der Aufrührer bei der Regierung und um Einstellung der Feindseligkeiten und Eintritt in Verhandlungen. Die Regierung beharrt noch wie vor unabänderlich auf ihrem ursprünglichen Standpunkt, so daß die Verhandlungen erfolglos blieben. In der Nacht auf heute traf die bisher noch unbestätigte Meldung ein, daß die Aufrührer auf der Bahn den Rückzug angetreten haben.

Bedingungen für einen Waffenstillstand.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 24. Oktober, 8 Uhr abends.

Die ungarische Regierung hat den Abgesandten des Exkaisers Karl folgende Bedingungen über den Waffenstillstand übermitteln lassen:

1. Die Truppen Karls müssen sofort und bedingungslos die Waffen strecken.

2. Die militärischen Ratgeber des Exkaisers werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

3. Die Mannschaft wird entwaffnet und amnestiert.

4. Karl erklärt seine endgültige Abdankung für sich und seinen Sohn und erklärt sich bereit, der Festsetzung seines Aufenthaltes durch die Mächte zuzustimmen.

Bis zur definitiven Regelung des Aufenthalts verbleibt Karl und sein Gefolge in Ungarn interniert

5. Die politischen Ratgeber des Exkaisers werden vor das Gericht gestellt.

Der Abgesandte des Exkaisers, Minister Dr. Graz, hatte diese Bedingungen der ungarischen Regierung mit der Erklärung übernommen, daß er sie dem König zur Annahme empfehlen werde. Die Truppen Karls sind in raschem Rückzug. Karl und sein Gefolge sind in der Richtung nach Komorn abgereist. An den offiziellen ungarischen Stellen ist man der Meinung, daß die militärische Aktion nun abgeschlossen sei. (Diese Meinung hat sich durch die oben wiedergegebene Meldung der Gefangennahme nun wohl bestätigt. — D. Red.)

Die Haltung der ungarischen Truppen.

Budapest, 24. Oktober. (Ungar. Telegr.-Korr.-Büro.) Die Offiziere der Raaber Garnison haben einstimmig beschlossen, den König um Enthebung vom Eide zu bitten, da sie den Eid nur auf die falsche Meldung hin abgelegt hatten, daß der König mit Einwilligung der Entente und mit Wissen des Reichsverwesers nach Ungarn gekommen sei. Diesen Beschluß beförderte gestern nacht ein Kurier zum König nach Dorbagy.

Das Ungar. Telegr.-Korr.-Büro meldet amtlich: Alle Nachrichten, betreffend den Uebergang einzelner Truppenteile zu den Aufrührern sind gänzlich erfunden. Die Regierung zieht die Verbreiter dieser Nachrichten zur Verantwortung.

Beschlüsse der Botschafterkonferenz.

Paris, 24. Oktober. (T. U.) Die Botschafterkonferenz hat heute morgen eine Sitzung abgehalten. Sie hat beschlossen, den alliierten Vertretern in Budapest Instruktionen zu übersenden, um sofort von der ungarischen Regierung zu verlangen, daß sie den Exkönig als abgesetzt proklamiert, sich seiner Person bemächtigt und ihn zwingen wird, Ungarn unter den Bedingungen zu verlassen, die von den alliierten Regierungen festgesetzt werden. Falls die ungarische Regierung dieses nicht tun sollte, so lehnen die alliierten Regierungen alle Folgen ab, die später für Ungarn daraus entstehen könnten.

Die Vorbereitungen zur Flucht.

Die Erregung in der Schweiz.

Eigene Drahtmeldung.

A. Genf, 24. Oktober.

Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Flucht Karls von Habsburg seit längerer Zeit vorbereitet worden ist.

Vor etwa drei Wochen versandte das Sekretariat des Königs an die schweizerische Presse eine Mitteilung, wonach im Schloß Hertenstein eine elektrische Heizungsanlage für den Winter eingerichtet werde. Man lachte damals allgemein über diese Nachricht, die jedoch, wie sich jetzt herausstellt, nur zur Irreführung der Oeffentlichkeit bestimmt war. Viel bemerkt wird auch, daß die Königin von Rumänien vor einigen Tagen zu kurzem Aufenthalt in der Schweiz eingetroffen war. Es ist bekannt, daß der rumänische Hof bereits bei der ersten Flucht Karls seine Hand im Spiele hatte.

Die schweizerische Regierung ist durch dieses neue Abenteuer in eine äußerst peinliche Lage versetzt worden, und in Italien wird bereits der Vorwurf laut, daß die Schweiz die Verantwortung für die kommenden Ereignisse zu tragen habe. In der schweizerischen Oeffentlichkeit hat die abermalige Flucht des Exkönigs die größte Empörung hervorgerufen. Die Blätter betrachten übereinstimmend das Vorgehen Karls nicht nur als eine Verletzung des schweizerischen Asylrechts, sondern auch als eine Verhöhnung des Bundesrates und des ganzen schweizerischen Volkes selbst.

Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet, daß Karl vor acht Tagen einem Vertreter der Regierung mit Tränen in den Augen für die Gastfreundschaft gedankt habe und schreibt: Die heimliche Ausreise des Gastes bedeutet für den Bundesrat eine schwere Beleidigung, da dieser dem Exkönig so viel Vertrauen geschenkt hat. Ein drittes Mal wird sich einem wortbrüchigen Gaste das Tor des Schweizer Hauses nicht mehr auftun, selbst dann nicht, wenn die europäischen Mächte darum nachsuchen sollten. Wie für Spanien so ist dieser König nun erst recht für uns ein „Indesirabel" geworden. Der Schweizer Aufenthalt ist für den Exkönig endgültig vorbei.

Der offiziöse „Bund" sagt, Karl sei mit der schweizerischen Regierung nach Art der Roßtäuscher umgegangen. Statt drei Tage vorher habe er seine Abreise drei Tage nachher mitgeteilt. Das Verhalten des ungarischen Volkes gegenüber einem König, der das allen Völkern heilige Asylrecht verletzte und sein Wort gebrochen hat, wird ein sprechendes Zeugnis für die Volkseinschätzung der ungarischen Nation bilden.

In der gleichen Weise äußert sich die ganze übrige schweizerische Presse, die in schärfster Form eine nochmalige Rückkehr des Habsburgers ablehnt. Das Gefolge des Königs sowie die zahlreichen Habsburger Aveten, die sich noch immer in der Schweiz aufhalten, sollen bereits in den nächsten Tagen ausgewiesen werden. Ueber die Aussichten des Unternehmens ist man in der Schweiz allgemein der Ansicht, daß das Abenteuer war nicht so glatt verlaufen wird wie das erste, daß es aber ebenso erfolglos enden werde. Es scheint, daß die Anhänger Karls (er selbst hat ja nur die Bedeutung einer Puppe) diesmal besonders auf Italien gerechnet haben mit Rücksicht auf die zwischen Rom und Prag entstandene Spannung in der Burgenlandfrage. Alle aus Italien einlaufenden Meldungen lassen jedoch darauf schließen, daß auch diese Rechnung wiederum falsch gewesen ist. Der italienische Widerstand gegen eine habsburgische Restauration scheint nicht nur nicht geringer geworden zu sein, sondern die italienische Regierung ist, soweit sich bisher erkennen läßt, im Gegenteil bemüht, durch besondere Festigkeit in dieser Frage mit der Tschechoslowakei wieder in ein gutes Verhältnis zu kommen.

Einzelheiten der Reise Kaiser Karls.

Wien, 24. Oktober. (T. U.) Kaiser Karl fuhr im Auto von Hertenstein unter dem Vorwande einer Spazierfahrt nach Rapperswyl; eingeweiht war nur der Erzherzog Otto. Das Gepäck war schon zwei Tage vorher abgeschickt. Die Kaiserin Zita bestand darauf, den Kaiser zu begleiten. Der Apparat, der mit einer Stundengeschwindigkeit von 170 Kilometer 3500 Meter hoch flog, hätte beinahe oberhalb Kemptens eine Notlandung vornehmen müssen. Nach 4½stündigem Flug landete der Kaiser beim Schlosse des Grafen Czeraskh in Demesfa. Von dort begab er sich im Auto nach Oedenburg, wo er die Truppen vereidigte, Oberst Lehar zum Generalmajor ernannte und das Kabinett bildete.

Die Generalsmission in Oedenburg.

Kbg. Wien, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die interalliierte Generalsmission in Oedenburg hat nach dem Eintreffen des Exkaisers Karl und seiner Gemahlin in Oedenburg ihren Sitz nach Eisenstadt verlegt. Die Pariser Botschafterkonferenz wird sich heute, wie ein Londoner Funkspruch meldet, mit der Abberufung der interalliierten Generalsmission in Oedenburg beschäftigen.

Aeußerungen des Ministers Tusar.

Der ehemalige tschechoslowakische Ministerpräsident und derzeitige Gesandte der tschechoslowakischen Republik in Berlin, Tusar, sprach sich heute gegenüber dem Vertreter der „Est-Europe" über die durch den neuen Handstreich Exkönig Karls geschaffene Lage in Ungarn aus und sagte u. a.:

Nichts hat unser Weltteil so nötig wie Ruhe und Frieden. Karl von Habsburg hat aus seinem Mißerfolg im März d. J. gar nichts gelernt. Wäre er damals nicht freiwillig nach der Schweiz zurückgekehrt, so wäre in Ungarn wohl der Bürgerkrieg entbrannt, und die Heere der Kleinen Entente wären einmarschiert. Heute ist die Sachlage so, daß wir nicht abwarten würden, bis es zu spät wäre, denn sich auch Karl und seine Umgebung darüber keinen Täuschungen hingeben. Die Situation ist klar: Karl muß abermals aus Ungarn verschwinden. Aber diesmal wird es nicht bei der bloßen Abreise des Exkaisers bleiben. Diesmal werden die Nachbarstaaten die Abrüstung Ungarns durchsetzen, und sie werden auf der Durchführung des Vertrages von Trianon bis in die letzten Konsequenzen beharren.

Wir legen Wert auf gute Beziehungen zu allen unsern Nachbarn, wie haben davon Ungarn niemals ausgenommen und wir wollen dies auch in Zukunft nicht tun, aber es kann kein habsburgisches Ungarn sein. Habsburg — das bedeutet Wortbruch und Krieg.

Die Pariser Presse gegen den Exkaiser.

Eigene Drahtmeldung.

I. Paris, 24. Oktober.

Die Pariser offiziöse Presse rückt diesmal im Gegensatz zu der Haltung, die sie bei der ersten Flucht des Exkaisers Karl eingenommen hat, deutlich von ihm ab.

Der „Temps" stellt fest, daß die französische Regierung sofort ihren Geschäftsträger in Budapest angewiesen habe, sich den Schritten der übrigen Ententevertreter anzuschließen und an der vereinbarten Politik, die die Rückkehr der Habsburger ausschließe, festhalte. Allerdings glaubt das Blatt, daß vor allem Italien an dieser Frage interessiert sei, für das eine habsburgische Restauration eine wirkliche Gefahr bedeuten würde.

Das „Journal" ist der Ansicht, daß die Kleine Entente diesmal noch schneller reagieren werde als in den Ostertagen, und glaubt, daß die Luftreise Karls möglicherweise auf St. Helena enden werde. Ebenso ist das „Echo de Paris" davon überzeugt, daß die große und die kleine Entente dem Abenteuer bald ein Ende machen werden. Frankreich werde sich dieser Politik aufrichtig anschließen, denn es halte selber zu sehr an der Durchführung der Verträge fest, um nicht auch den übrigen alliierten Regierungen diesen Schritt zuzugestehen.

Bezeichnend ist es, daß sich die habsburgische Propaganda auch diesmal wieder bemüht, die Sympathie der französischen Oeffentlichkeit zu erwerben, indem sie möglichst auffällig ihre Deutschfeindlichkeit betont.

Der „Matin" hat seinen Korrespondenten Sauerwein nach der Schweiz geschickt und gibt einige Erklärungen wieder die dieser von den hinterbliebenen Umgebung des Exkönigs erhalten hat, und die, wie Sauerwein annimmt, von Karl selber für diesen Zweck zurückgelassen worden sind. Es heißt darin: Frankreich und England wird hoffentlich keine Truppen nach Ungarn senden, um die Rückkehr eines Herrschers zu verhindern, der in den beiden letzten Jahren des Krieges mit aller Entschiedenheit seinen Wunsch bekundet habe, sich von Deutschland zu trennen. Es sei dem Exkönig besonders daran gelegen, die französische und englische Oeffentlichkeit davon zu überzeugen, daß man es bei seiner Person nicht etwa mit einem Freunde Deutschlands zu tun habe, noch daß für ihn jemals ein Bündnis mit Deutschland in Frage käme.

Der Herr, der diese Erklärung im Namen Karls abgegeben hat, ist der sogenannte Pressechef des Exkönigs und führt den echt ungarischen Namen Werkmann.

Die französischen Machenschaften.

Eigene Drahtmeldung.

I. Paris, 24. Oktober.

Das Innsbrucker Telegramm der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", wonach das Erscheinen Karls in Ungarn im Einvernehmen mit der französischen Regierung erfolgt sei, gibt dem „Temps" zu der Bemerkung Anlaß, daß es sich hierbei um eine sorgfältig eingeleitete Propaganda handele.

Die Haltung der französischen Regierung enthebe ihn der Aufgabe, diese Verleumdung näher zu besprechen, deren Zweck sich genau erkennen lasse. Aber die Urheber dieser Verleumdung hätten sich diesmal selbst übertroffen und sie seien an einem Punkte angelangt, an dem die Perfide zur Komik werde. Auch der „Intransigeant" bestreitet die Richtigkeit der Meldung.

*

Das Schimpfen nützt den Franzosen gar nichts. Sie haben nicht das geringste Recht, die Entrüsteten zu spielen. Die Rolle gewisser französischer Kreise beim ersten Handstreich des Exkaisers ist unvergessen. Die Meldung, die uns aus Innsbruck zugegangen war, liegt durchaus nicht so außerhalb des Bereichs des Glaubhaften, wie die französische Presse jetzt darstellen möchte. Daran können auch die großen Worte nichts ändern, zumal man sich in Paris offensichtlich bemühte, eine Stellungnahme der Entente zu dem Putsch des Exkaisers Karl möglichst zu verzögern.

Die ungarisch-rumänische Grenze festgesetzt.

Bukarest, 24. Oktober. (T. U.) Die Grenze mit Ungarn ist jetzt zum Vorteil Rumäniens festgelegt worden in Uebereinstimmung mit dem Trianonvertrag. Rumänien bekommt die Eisenbahnlinie Satumare—Caregmare—Ordeamare—Palontamare. Die ungarischen Ansprüche wurden einstimmig von dem Botschafter abgewiesen, nachdem dieser von der Note Take Jonescus Kenntnis genommen hatte.

Der neue polnische Gesandte in Moskau.

Warschau, 24. Oktober. (O. E.) Als Nachfolger für den zurückgetretenen polnischen Gesandten in Moskau Filipowicz ist, wie verlautet, der polnische Gesandte in Belgrad Sigismund Stefanski in Aussicht genommen. Anläßlich des letzten Zwischenfalls im Hotel der Warschauer Sowjetmission, wo die in demselben Gebäude von einer polnischen Militärbehörde belegten Räume durch Sowjetbeamte verwagelt worden waren, hat der Sowjetgesandte Karachan der polnischen Regierung sein Bedauern ausgesprochen und erklärt, daß der schuldige Beamte nach Moskau abberufen sei.

Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen Polen und Danzig ist auf heute festgesetzt.

Das Wirtschaftsabkommen zwischen Polen und der Tschechoslowakei ist unterzeichnet worden; es enthält die Regelung des Zollwesens, des Handelsverkehrs sowie der Post- und Eisenbahnverbindungen zwischen beiden Staaten.

Silberhochzeit des italienischen Königspaares.

Rom, 24. Oktober. (W. T. B.) Die heutige Feier der silbernen Hochzeit des Königspaares wird auf Wunsch des Königs und der Königin im engsten Kreise begangen. Als Huldigung für den König und die Königin werden Spenden für wohltätige Zwecke gestiftet. Der Ministerpräsident Bonomi sprach dem Herrscherpaar telegraphisch seine wärmsten Glückwünsche aus, ebenso sandten Behörden und Körperschaften ganz Italiens Telegramme. Der König unterzeichnete einen Gnadenerlaß. Zu den Begnadigten gehört auch D'Alba, der vor zehn Jahren einen Anschlag gegen den König verübte.

Die Krisis.

Wieder stehen wir in einer Regierungskrisis. Wieder hat dieses Hin und Her begonnen, das bisher jede Regierungsumbildung bei uns kennzeichnete, dieser Handel zwischen den Parteien, diese Unsicherheit, was werden soll, diese unendlichen und unwürdigen Schwierigkeiten, die sich aus der unleidlichen deutschen Parteizersplitterung ergeben. Und abermals steht die neue Kabinettsbildung unter dem Zeichen einer Zwangslage. Einer Zwangslage, die uns diktiert wird durch die systematisch unsinnige Auslegung des Versailler Friedensvertrages, dieser Schlinge um den Hals Deutschlands, die man nach Belieben und Willkür immer weiter zuzieht, mit der bestimmten Absicht, das schon am Boden liegende Deutschland allmählich zu erdrosseln. Wir haben keine Möglichkeit, uns dessen zu erwehren. Die Waffen haben wir aus der Hand gegeben. Wir verließen uns auf das Recht. Und das Recht wird uns versagt. Versagt trotz aller Zusicherungen, die zumal aus London vor kurzer Zeit noch so klar erklangen, versagt trotz der unzweideutigen Bestimmungen des Versailler Vertrags, den man nach Belieben deuteln und zu unseren Ungunsten auszulegen und anwenden zu können glaubt. Das Kabinett Wirth hatte seine Politik aufgebaut auf dem Prinzip der striktesten Erfüllung dessen, was uns an schwierigsten Pflichten durch den Versailler Vertrag und durch alle die anderen Diktate, die ihm folgten, auferlegt wurde. Aufgebaut allerdings auch auf der festen Erwartung, daß nun nicht mehr willkürlich uns Möglichkeiten abgeschnitten wurden, die Voraussetzung für unsere Erfüllung sein mußten. Das Kabinett Wirth mußte zurücktreten, nachdem sich herausstellte, daß auch diese Erwartung getäuscht war. Daß uns auch trotz Abstimmung und unter Nichtachtung der Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Abstimmungsgebiete weite Striche deutschen Landes genommen worden sind, deren wir gerade bedurften, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen, und ohne die eine Erfüllungsmöglichkeit nicht mehr besteht. Damit war für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen. Es muß jetzt Klarheit darüber geschaffen werden, welche neuen Wege wir jetzt zu gehen haben. Darüber haben die Faktoren zu entscheiden, die zur Bildung des neuen Kabinetts berufen sind.

Die Festlegung der neuen Grenze, die in Oberschlesien willkürlich Landstriche voneinander reißt, die seit Jahrhunderten politisch und wirtschaftlich aufs engste zusammengeschweißt waren, wird uns diktiert. Wir werden nicht gefragt, ob wir zustimmen oder ablehnen wollen. Wir haben uns auf Grund des Versailler Vertrages einfach zu fügen. Wir dürfen uns auch nicht sträuben, ein deutsches Mitglied für die Grenzfestsetzungskommission zu bestimmen, die nach den Genfer Beschlüssen ihre Arbeiten unverzüglich beginnen wird. Denn im Artikel 87 des Friedensvertrages ist festgesetzt, daß eine Kommission aus sieben Mitgliedern zusammenzutreten hat, um an Ort und Stelle die Grenzlinien zwischen Polen und Deutschland zu ziehen, und daß die Entscheidung dieser Kommission, die aus fünf Vertretern der Ententemächte, einem deutschen und einem polnischen Vertreter bestehen soll, auch für uns bindend ist. Für diese Forderungen, die man an uns stellt, hat man unsere Zusage bereits durch den Friedensvertrag, und wir wollen uns dieser Zusage nicht entziehen. Aber was die Genfer Beschlüsse von uns verlangen, geht weiter. Es wird von uns gefordert, daß wir in möglichst kurzer Frist mit Polen ein Abkommen über die wirtschaftlichen Fragen Oberschlesiens treffen, daß wir innerhalb von acht Tagen, das heißt bis Donnerstag abend 12 Uhr, den alliierten Hauptmächten den Namen des deutschen Bevollmächtigten mitteilen, der über das Abkommen mit Polen zu verhandeln beauftragt ist. Man hat sich für diese Forderung auf Artikel 92 des Friedensvertrages berufen, in dem es wörtlich heißt:

„Durch spätere Abmachungen werden alle Fragen geregelt, die nicht in dem vorliegenden Vertrage (Versailler Friedensvertrag) geregelt sein sollten, und die aus der Abtretung des genannten Gebietes entstehen könnten."

Ob sich hieraus die Verpflichtung zur Ernennung eines Kommissars, noch dazu binnen einer sehr kurzen Frist, ableiten läßt, sei dahingestellt. Es sei jedoch daran erinnert, daß auch bei der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark Abmachungen über wirtschaftliche Fragen und über Minderheitsschutz zwischen Dänemark und uns getroffen wurden, und daß diese Verhandlungen sowohl von deutscher wie von dänischer Seite mit dem größten Entgegenkommen geführt worden sind. Solche Verhandlungen sind auch für Oberschlesien unbedingt erforderlich, und Deutschland wird sich nicht weigern, sie zu führen. Aber auch hier begnügen sich die Genfer Beschlüsse nicht damit, Verhandlungen zu verlangen. Sie schreiben vielmehr bis ins einzelne ausgearbeitete Bestimmungen vor, die den Verhandlungen zugrunde gelegt werden sollen. Sie fordern also, daß über das Wirtschaftsabkommen an sich überhaupt nicht mehr verhandelt wird, sondern daß wir annehmen, was sie hier diktieren. Höchstens über Einzelfragen nebensächlicher Natur soll noch geredet werden dürfen. Also auch hier ein förmliches Diktat, dem wir uns beugen sollen, und zwar ein Diktat, das in dem Versailler Friedensvertrag eine Grundlage nicht mehr findet. Denn von Bindungen bei den zu treffenden Abmachungen ist im Artikel 92 des Friedensvertrages nicht die Rede. Und auch an keiner anderen Stelle dieses Vertrages sind wir derartig weitreichende Verpflichtungen eingegangen. Rechtlich sind wir also nicht gezwungen, uns in diesen Punkten zu fügen. Wird auch hier ein Zwang auf uns ausgeübt, so ist es lediglich der Zwang der Macht, der jedem Recht ins Gesicht schlägt.

Es entsteht für uns die Frage, wie weit das ganze Genfer Diktat von der Gegenseite als eine Einheit aufgefaßt wird, die wir anerkennen sollen. Selbst in den Kreisen der Entente hat man hierüber gestritten und selbst dort ist diese Frage nicht vollständig geklärt worden. Für uns steht so viel fest, daß wir gegen die Grenzziehung rechtlich kein Mittel haben, wenn uns auch daraus nicht die Verpflichtung erwächst, die Zerreißung Oberschlesiens als der Abstimmung und der Be-